

AKTUELLE CHRONIK

Januar bis März 1990
Zusammengestellt von Angelika Pathak

ASIEN

29.-31.Jan.: UN-Regionalkonferenz über vertrauensbildende Maßnahmen in der asiatisch-pazifischen Region in Kathmandu.

SÜDASIEN

März: Ort des ursprünglich für April 1990 geplanten SAARC-Gipfels noch immer unklar; im Gespräch ist Male als Tagungsort, möglicherweise im November.

Afghanistan

31.Jan.: Amnestie für Deserteure der afghanischen Streitkräfte.

14.Feb.: Amnestie für straffällige Soldaten erlassen.

15.Feb.: 10-Punkte-Plan für Demilitarisierung Afghanistans vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse vorgelegt.

28.Feb.: Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion unterzeichnet.

6.März: Putschversuch unter Beteiligung von Verteidigungsminister Tanai und mit Unterstützung der fundamentalistischen Exilpartei Hesb-i-Islami. Danach mehrere Tage lang Kämpfe zwischen regierungstreuen Truppen und Teilen des Militärs unter Tanai. Neuer Verteidigungsminister Mohamad Aslam Watand-schar.

8.März: Fünf Mitglieder des Verteidigungsrates, darunter Tanai, entlassen.

Bangladesch

16.-18.Feb.: Besuch des indischen Außenministers, Inder Kumar Gujral; die Grenzfrage soll verhandelt, Chakma-Flüchtlinge in Indien gemeinsam zur Rückkehr bewegt und die gemeinsame Flußkommission wieder eingesetzt werden.

22.-23.Feb.: Der französische Präsident Francois Mitterrand zu Gesprächen über wirtschaftlich-technische Hilfe in Dhaka, Abkommen über französischen Beitrag in Höhe von 25 Mio.US\$ zu 146 Mio.US\$ Überschwemmungsschutzprogramm.

14.-25.März: Ländliche Lokalverwaltungswahlen in 426 Unterbezirken (Upazilla).

Bhutan

6.-9.Jan. und 31.Jan.-4.Feb.: Besuche König Jigme Singye Wangchuks in Indien.

2.März: Handelsabkommen mit Indien (Laufzeit 1990-1995) unterzeichnet, erstmals privater Handel von Bhutanern mit Drittländern zugelassen.

Indien

- 21.Dez.: Reservierung von Parlamentssitzen auf Bundes- und Länderebene für 'Scheduled Castes and Tribes' um weitere 10 Jahre verlängert; vorangegangen waren Proteste in Uttar Pradesh, Bihar, Orissa und Madhya Pradesh.
- 21.Dez.: Vertrauensvotum von Regierung V.P.Singh bei Enthaltung der Opposition gewonnen.
- 29.Dez.: Die 59.Verfassungsänderung vom März 1989, die Verhängung des Notstands im Punjab ermöglichte, aufgehoben.
- 7.Jan.: Bei Nachwahlen in Goa knappe Mehrheit für Congress-I.
- 11.Jan.: Bei 3.Gesprächsrunde zwischen Bodo-Vertretern, der Regierung von Assam und der Bundesregierung strikte Ablehnung eines separaten Bodo-Landes, dennoch 'einige Fortschritte' erzielt.
- 18.-19.Jan.: Besuch des französischen Premierminister Michel Rocard; Gespräche über Zusammenarbeit in den Bereichen Atomkraft, Telekommunikation, Verteidigung, Wissenschaft und Handel.
- 18.Jan.: Nach Ernennung Jagmohans zum neuen Gouverneur von Jammu und Kaschmir Rücktritt der Regierung Farooq Abdullah aus Protest, darauf Unterstellung Kaschmirs unter die Zentralregierung und Suspendierung des Landtags; bereits 1989 hatte die Jammu and Kashmir Liberation Front ihre Agitation für Unabhängigkeit von Indien intensiviert, im Dezember durch die Entführung der Tochter des neuen Innenministers, Mufti Mohammed Sayeed, gefangene Terroristen freigegeben und Anfang des Jahres in Kaschmir bürgerkriegähnliche Zustände herbeigeführt, mit denen die Regierung Abdullah nicht fertig wurde.
- Ende Jan.: Trotz Verhängung der Ausgangssperre am 10.Jan. in Kaschmir zahlreiche Demonstrationen, darauf am 21.Jan. Verstärkung der Sicherheitskräfte durch Streitkräfte, Schießbefehl erteilt; bis Monatsende mindestens 50 Zivilisten getötet.
- 20.Jan.: Kabinetterweiterung vorgenommen; u.a. wird der frühere Atomenergiekommission-Vorsitzende Raja Ramanna zum Staatsminister für Verteidigung ernannt.
- 21.-23.Jan.: Gespräche mit dem pakistanischen Außenminister S.Y.Khan in Neu-Delhi über die Lage in Kaschmir.
- 24.Jan.: Führer der separatistischen All India Sikh Students' Federation, Harminder Singh Sandhu, ermordet.
- 27.Jan.: Auslandskorrespondenten wegen 'übertriebener Berichterstattung' aus Kaschmir verwiesen.
- Anfang Feb.: Kopfgeld auf Rajiv Gandhi im Punjab ausgesetzt.
- 9.Feb.: Bau des umstrittenen Tempels in Ayodhya auf V.P. Singhs Appell hin um vier Monate verschoben, Regierungsausschuß eingesetzt.
- Anfang Feb.: Pakistanische Demonstranten auf indischem Territorium von Grenzschutz beschossen.
- 12.Feb.: Einrichtung von Umweltgerichten beschlossen laut Umweltministerin Maneka Gandhi.
- 19.Feb.: Landtag von Jammu und Kaschmir aufgelöst.
- 27.Feb.: Bei Landtagswahlen im Unionterritorium Pondicherry und in acht Bundesländern, alle vorher von der Congress(I) regiert, konnte sich der Congress(I) nur in Maharashtra (142 von 288 Sitzen), Arunachal Pradesh (37 v. 59)

und Pondicherry (11 v.30) behaupten; weitere Resultate: Rajastan: BJP 86 v. 200 Sitzen, Gujarat: Janata Dal 70, BJP 66 v. 182, Orissa: Janata Dal 123 v. 147, Himachal Pradesh: BJP 43 v. 65, Madhya Pradesh: BJP 220 v. 320, Bihar: Janata Dal 114, BJP 39, CPI 23 von insgesamt 324 Sitzen. Bei den Wahlen mit 215 Mio. Wahlberechtigten und 1.611 Mandaten kam es zu Unregelmäßigkeiten und schweren Ausschreitungen mit fast 100 Toten.

Ende Feb.: Strafrechtliche Verfolgung gegen indische ehemalige Beamte eingeleitet, die 1981 Bestechungsgelder in Höhe von 24 Mio.US\$ von der HDW kassiert haben sollen. Entsprechende Strafanzeigen gegen am Bofors-Skandal Beteiligten zuvor erstattet.

Anfang März: Verhandlungen mit Union Carbide über Kompensationszahlungen für Giftgasgeschädigte wiederaufgenommen.

3.März: V.P.Singh legte Janata Dal-Vorsitz nieder.

7.März: All-Parteien-Konferenz beschloß gemeinsam, über Parteilinien hinweg, für die Beruhigung in Jammu und Kashmir zu arbeiten; am 13. Eisenbahnminister Fernandes mit Koordination aller diesbezüglicher Maßnahmen betraut.

7.-9.März: Zur internationalen Tibet-Konferenz in Dharamsala wurde zunächst zahlreichen Ausländern (u.a. Petra Kelly) Einreise und Teilnahme verweigert, erst auf Fernandes' Fürsprache genehmigt.

20.-24.März: Besuch des chinesischen Außenministers Qian Qichen.

Malediven

12.-15.Jan.: Bei Besuch des indischen Außenministers I.K. Gujral Aufhebung der beidseitigen Visumpflicht beschlossen.

Nepal

3.-5.Jan.: Bei Gesprächen Außenminister Sailendra Kumar Upadhyayas in Neu-Delhi Einvernehmen über Spannungsabbau erzielt, noch keine konkreten Schritte vorgesehen.

11.Jan.: Japanische Entwicklungshilfe - nach japanischen Angaben aus 'technischen Gründen' - um 33% gekürzt.

17.-19.Jan.: Teilnahme indischer Parlamentarier-Delegation bei Konferenz der verbotenen Nepali Congress Party scharf vom Parlament verurteilt.

Mitte Feb.: Tote, zahlreiche Verletzte, fast 500 Festnahmen bei Demonstrationen für die Wiedereinführung des seit 1960 aufgehobenen Mehrparteiensystems.

20.-21.Feb.: Weitere Gespräche in Neu-Delhi auf Staatssekretärs-Ebene über Normalisierung der Beziehungen.

Pakistan

10.Feb.: Von der PPP eingebrachte Resolution über Solidarität mit Freiheitskampf in Jammu und Kaschmir vom Parlament einstimmig angenommen.

19.-21.Feb.: Bei Besuch des französischen Präsidenten Mitterrand Lieferung eines (möglicherweise 900 MW) Kernkraftwerkes bekanntgegeben, nachdem 1978 auf Druck der USA und des Iran die Lieferung einer nuklearen Aufbereitungsanlage abgebrochen worden war; daneben Abkommen in den Bereichen Finanzen, Fernmeldewesen und Bildung unterzeichnet.

Sri Lanka

20.Dez.: Liberation Tigers of Tamil Eelam (TTTE) als politische Partei mit sozialistischem Programm unter dem Namen "People's Front of Liberation Tigers" anerkannt; Vorsitzender K.Mahendrarajah, Generalsekretär Ogaratnam Yogi.

Anfang Jan.: Weitere Festnahmen regionaler JVP-Führer.

4.-6.Jan.: Außenminister Wijeratne in Neu-Delhi; beschleunigter Abzug der IPKF und Reaktivierung der gemeinsamen Wirtschaftskommission beschlossen.

8.Jan.: Politische Aktivitäten auf Universitätscampus per Präsidialerlaß eingeschränkt, zugleich zwei der acht Universitäten wiedereröffnet.

12.Jan.: Von SLFP eingebrachter Mißtrauensantrag gescheitert.

Ende Feb.: Versuch des Chefministers von Tamil Nadu, Karunaniddhi, zwischen sechs Tamilengruppierungen Sri Lankas zu vermitteln, gescheitert.

1.März: Nordost-Provinz von Chefminister Perumal für die Dauer eines Jahres zur unabhängigen Demokratischen Republik Eelam erklärt.

3.März: Einrichtung einer 3.Freien Produktionszone in Koggala (120km von Colombo) beschlossen.

11.März: Nach (umstrittenen) Zeitungsberichten soll Perumal mit der IPKF nach Indien geflohen sein.

20.März: IPKF aus Jaffna-Halbinsel abgezogen; noch ca. 4.000 Soldaten in Trincomalee.

SÜDOSTASIEN

16.-17.Feb.: Achte ASEAN- und EG-Ministertagung über wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Kambodscha-Frage in Sarawak; Abkommen über Einrichtung eines von EG und ASEAN gemeinsam getragenen Management-Zentrums unterzeichnet.

Brunei

6.Jan.: Sechs wegen der Beteiligung an Rebellion 1962 ohne Anklage und Verfahren inhaftierte Personen jetzt freigelassen.

Indonesien

10.Jan.: Diplomatische Beziehungen mit Afghanistan wiederaufgenommen.

16.Feb.: Vier ehemalige Palastwachen nach 25 Jahren Haft wegen Beteiligung am Putsch von 1965 hingerichtet.

Myanmar

22.Dez.: Der führende Oppositionspolitiker Tin U für seine Rolle bei den Unruhen Ende 1988 zu drei Jahren Zuchthaus mit Zwangsarbeit verurteilt.

26.Dez.: Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der VR China unterzeichnet.

22.Jan.: Kandidatur Aung San Suu Kyis bei kommenden Wahlen von Wahlkommission wegen ihrer Kontakte zu 'ungesetzlichen Elementen' abgelehnt.

Philippinen

- 29.Jan.: Bei Referendum über Einrichtung einer Autonomen Region Cordillera in Nord-Zentralluzon stimmte nur die Provinz Ifugao dafür, die Provinzen Benguet, Abra, Kalinga-Apayao und Mountain lehnten dies ab.
- 18.-20.Feb.: Besuch des US-Verteidigungsministers Richard Cheney; Präsidentin Aquino lehnte Teilnahme an Gesprächen wegen Verärgerung über US-Berichterstattung bei Präsidenschaftsberater Gates' Besuch im Januar ab.
- 27.Feb.: Senator Enrile verhaftet, der Teilnahme am Putschversuch vom Dez. 1989 angeklagt.

Singapur

- 26.Dez.: Gesetzesentwurf, der dem Innenministerium Kontrolle über Klerus ermöglicht, dem Parlament vorgelegt.

Thailand

- 3.Feb.: Beschluß Saudi-Arabiens, keine thailändischen Arbeitskräfte mehr zu beschäftigen (z.Z. 120.000 thailändische Beschäftigte) nach Ermordung von drei saudi-arabischen Konsulatsangestellten.
- 11.-12.Feb.: Bei Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Ryschkow Unterzeichnung von Abkommen über Einrichtung einer gemeinsamen Kommission und Bereitstellung von Botschaftsgrundstücken.
- 6.März: Besuch des chinesischen Verteidigungsministers Qin Jiwei; Hauptgesprächsthema war der Kambodscha-Konflikt.

Indochina

- 25.Jan.: Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe an alle drei Indochina-Länder von Kanadas Außenminister Clark angekündigt.

Kambodscha

- 4.Jan.: Bei Zusammentreffen des stellvertr. australischen Außenministers, Michael Costello, mit Khieu Samphan in Bangkok lehnten Khmer Rouge wiederum den australischen Plan einer zeitweiligen Unterstellung Kambodschas unter UN-Verwaltung ab.
- 12.-13.Feb.: Einigkeit der fünf UN-Sicherheitsrats-Mitglieder über Bedingungen für wirksame Un-Betätigung in Kambodscha: Abzug aller ausländischer Truppen, Einstellung aller Feindseligkeiten, Beendigung auswärtiger Militärhilfe, Beschränkung der bewaffneten Kräfte aller Parteien auf bestimmte Gebiete.
- 20.Feb.: Prinz Sihanouk und Ministerpräsident Hun Sen befürworteten gemeinsam UN-Präsenz auf geeigneten Ebenen in Kambodscha und Schaffung eines obersten nationalen Organs, das nationale Souveränität und Einheit garantieren soll.
- 23.Feb.: Prinz Sihanouk richtete Wohnsitz in Kambodscha ein.

26.-28.Feb.: Fehlschlag der dritten informellen Kambodscha-Gespräche in Jakarta, u.a. keine Einigung über Auflösung der Regierung in Phnom Penh, Verabschiedung der Schlußdokumente von Khmer Rouge wegen des darin enthaltenen Vorwurfs des Genozids blockiert.

12.-13.März: Einigung in einigen grundsätzlichen Fragen bei dritter Gesprächsrunde in Paris erzielt; u.a. über Einrichtung eines obersten nationalen Komitees, über dessen Zusammensetzung die vier Parteien entscheiden sollen, und das in der Übergangsperiode die staatliche Souveränität symbolisieren sollte.

Vietnam

27.Dez.: Privatisierung von Printmedien, Schutz von journalistischen Quellen von Nationalversammlung abgelehnt.

Ende Dez.: Abkommen über Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wissenschaft und Kultur mit Italien als erstem EG-Land seit 1978 unterzeichnet.

18.-20.Feb.: Gespräche über Rückführung der Flüchtlinge aus Hongkong bei Besuch des britischen stellvertr. Außenministers Francis Maude.

23.-25.Feb.: Besuch des französischen Außenministers Dumas, erstes Zusammentreten der im Juni 1989 beschlossenen gemeinsamen Kommission für wirtschaftlich-technische, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit.

OSTASIEN

Hongkong

Ende Dez.: Bereitschaft Großbritanniens, 50.000 besonders qualifizierten Familien (ca. 225.000 Personen) volle britische Staatsbürgerschaft und damit Aufenthaltsrecht in Großbritannien zu gewähren, löste Proteste der VR China aus.

17.Feb.: Fertiggestellter Entwurf des Grundgesetzes des 'Sonderverwaltungsgebietes Hongkong der VR China' von Deng Xiaoping als 'schöpferisches Meisterwerk' gewürdigt.

Japan

8.-18.Jan.: Besuch Premierminister Kaifu in acht europäischen Ländern mit dem Ziel, die japanische Absicht einer aktiveren Rolle in der Weltpolitik, besonders im Hinblick auf die Veränderungen in Osteuropa, darzustellen. Zusagen über 1,95 Milliarden US\$ Wirtschaftshilfe an Polen und Ungarn.

24.Jan.: Auflösung des Unterhauses.

7.Feb.: Gründung einer Entwicklungshilfegesellschaft unter Vorsitz des früheren Außenministers Okita; ihre Aufgabe ist die Erarbeitung von Konzepten der öffentlichen Entwicklungshilfe.

18.Feb.: Bei Unterhauswahlen errang die LDP 275 (plus 11 Unabhängige, die sich der LDP anschlossen), die Sozialistische Partei Japans 140, die Komeito 46 und die KPJ 16 der insgesamt 512 Sitze.

20.-24.Feb.: Gespräche mit US-Verteidigungsminister Robert Cheney über Truppenreduzierung und stärkere japanische Beteiligung an ihrer Unterhaltung.

- 28.Feb.: Das 2.Kabinett Kaifu, nur Außen- und Finanzminister gleichbleibend.
 4.-5.März: Besuch Premierminister Kaifus in den USA; Gespräche über weltpolitischen Wandel und Handelsfragen.
 16.März: Neuer Parteiprogrammentwurf der Sozialistischen Partei verzichtete auf das Ziel der sozialistischen Revolution; die Partei bezeichnete sich ausdrücklich als sozialdemokratisch.

Mongolei

- 29.-30.Dez.: Außenminister Gombusuren in Moskau zu Gesprächen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Abzug der restlichen sowjetischen Truppen.
 20.Jan.: Befristete Einschränkung des Demonstrationsrechts nach mehreren Demonstrationen in Ulan Bator für Beschleunigung der Reformen.
 6.Feb.: Bildung der "Mongolischen Front der Patriotischen Einheit", Koordinationssekretär der Initiativgruppe ist Schriftsteller Chuschan.
 18.Feb.: Konstituierender Kongreß der "Mongolischen Demokratischen Union", zum Koordinationsleiter wurde Sanjaasurengiyn Dzorig gewählt.
 23.Feb.: "Verbundenheit mit der Sowjetunion" aus der Nationalhymne gestrichen.
 27.Feb.-4.März: Bei Besuch Premierminister Sodnoms in Japan Unterzeichnung eines Handelsabkommens, das der Mongolei Meistbegünstigung im bilateralen Handel einräumt.
 2.März: Vereinbarung über vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen zwischen 1991-1992 getroffen.
 14.März: Gombodschawin Otschirbat zum neuen Generalsekretär eines neuen fünfköpfigen Politbüros gewählt zum Abschluß eines drei tägigen ZK-Plenums der Mongolischen Kommunistischen Partei; der ehemalige Parteichef Zedenbal aus der Partei ausgeschlossen.

Nordkorea

- Ende Dez.: Rund 300 Studenten aus der CSSR repatriiert.
 7.März: Besuch einer Delegation der indischen CPI(M) unter E.M.S. Namboodripad, Zweck war die Stärkung der sozialistischen Solidarität.
 14.-15.März: Besuch des ZK-Generalsekretärs der CPC, Jiang Zemin.

Südkorea

- 28.Dez.: Diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien aufgenommen.
 31.Dez.: Parlamentarische Anhörung des ehemaligen Präsidenten Chun Doo Hwan zu Korruptions-, Amtsmissbrauchs- und Menschenrechtsvorwürfen; Sturm der Empörung auf Chuns Leugnen jeder Schuld, Abbruch der Anhörung.
 23.Jan.: Übereinkommen der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei und den beiden konservativen Parteien, der Demokratischen Wiedervereinigungspartei und den Demokratischen Republikanern, eine neue Partei, die Demokratische Freiheitspartei, zu bilden; die neue Partei wird mit mehr als 200 Parlamentssitzen über eine für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit verfügen. Schaffung eines parlamentarischen Systems wichtigster

Punkt des Parteiprogramms. Am 1.Feb. erfolgte die Selbstauflösung der Demokratischen Gerechtigkeitspartei, am 9.Feb. die Gründung der Demokratischen Freiheitspartei.

29.Jan.: Bekanntmachung des Verteidigungsministeriums, daß die US-Luftwaffe drei ihrer fünf Stützpunkte aufgeben wird.

5.Feb.: Studentenaktivistin Lim Su Kyong wegen Teilnahme an Weltjugendfestival in Pyonyang zu 10 Jahren Gefängnis, ihr Begleiter, der katholische Priester Moon Kyu Hyun, zu 8 Jahren Haft verurteilt.

15.Feb.: US-Verteidigungsminister Cheney zu Konsultationen über Truppenreduzierung und stärkere Beteiligung Koreas an Stationierungskosten.

16.-20.Feb.: Besuch des Ministers für Energie und Ressourcen, Yi Pong-so, in Teheran; Wirtschaftsvereinbarung unterzeichnet.

22.März: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Tschechoslowakei beschlossen.

Taiwan

14.Jan.: Verkauf von sechs Fregatten von Frankreich gestoppt im Interesse der Wiederherstellung 'normaler' Beziehungen zur VR China.

11.Feb.: Der seit Jan. 1988 amtierende Präsident Lee Teng-hui einstimmig für eine sechsjährige Amtsperiode im Amt bestätigt.

20.Feb.: Tumultartige Zusammenstöße im Parlament, nachdem Oppositionelle sofortige Parlamentsreformen (besonders bezüglich der Abgeordneten, die als ehemalige Festlandschinesen nicht mehr abgewählt werden können) forderten.

Volksrepublik China

25.Dez.: Reformler Zhu Houze von seinem Posten als stellvertr. Vorsitzender des Nationalen Gewerkschaftsbundes entlassen; Nachfolger wurde der frühere Minister für Kohleindustrie, Yu Hongen.

26.Dez.: Yao Yilin als Vorsitzender der Zentralen Planungskommission abgelöst durch Zou Jiahua, bisher Minister für Maschinenbau und Elektronikindustrie.

1.Jan.: Bestimmung, nach der alle auf neuen Gebäuden installierte Antennen ausschließlich auf den Empfang chinesischer Medien ausgerichtet sein müssen, in Kraft in Guangzhou.

11.Jan.: Ausnahmezustand (seit 20.Mai 1989) in Teilen Beijings aufgehoben.

16.Jan.: Nichtaufnahme Taiwans in GATT beantragt.

16.-25.Jan. Besuch des Vorsitzenden der Zentralen Planungskommission, Zou Jiahua, in Japan.

19.Jan.: Regelwerk zur Überwachung der Massenmedien in Beijing vom Ständigen Ausschuß des städtischen Volkskongresses verabschiedet; Medien, die die Verfassung verletzen, "pornographische, abergläubische oder andere böse Elemente" enthalten, dürfen in Beijing nicht vertrieben werden.

21.Jan.: Abkommen über wissenschaftliche Zusammenarbeit und den Austausch militärischer Technologie mit dem Iran unterzeichnet.

24.Jan.: Veto Präs. Bushs gegen Bleiberecht für chinesische Studenten nach Ablauf ihres Visums vom US-Repräsentantenhaus überstimmt.

- 27.Jan.: Offizielle Belobigung von 3 "fortschrittlichen" Einheiten und 40 Personen für ihre Beteiligung an der Niederschlagung der Unruhen in Lhasa.
- 31.Jan.: Mitte 1989 vorgelegter, aus technischen Gründen nicht verabschiedeter Gesetzesentwurf zur Kodifizierung von Sanktionen gegen die VR China vom US-Kongreß angenommen. Proteste der chinesischen Regierung.
- 31.Jan.: Sun-Yat-Sen-Stiftung in Guangzhou gegründet; Bildung eines dazugehörenden Forschungszentrums vorgesehen. Formale Gründung am 11.März, am Vorabend des 65.Todestages Sun Yat Sens.
- Anfang Feb.: Aufenthalt von Landarbeitern in Städten nur mit Aufenthaltsgenehmigung erlaubt laut Arbeitsminister Li Peiyao.
- Ab 9.Feb.: Zweite sino-sowjetische Gesprächsrunde (die erste fand im Nov. 1989 in Moskau statt) in Beijing; Ziel war die Erarbeitung von Leitlinien für die Streitkräfte an der gemeinsamen Grenze.
- 11.Feb.: Nicht-autorisierte Wandzeitungen und Demonstrationen, private Studentenorganisationen und Privatgeschäfte von Studenten durch neue Vorschriften der Staatlichen Bildungskommission verboten.
- 12.Feb.: Geplante Einrichtung einer Entwicklungsversuchszone für neue Industrien in der Stadt Xiaogan, Provinz Hubai, bekanntgegeben.
- 13.Feb.: Neubesetzung der Führungsspitze der Bewaffneten Volkspolizei durch Militärs; neuer Kommandant ist Zhou Yushu, neuer Politikommissar Xu Shou-zeng. Während die Bewaffnete Volkspolizei bisher unter der Doppelführung von Zentraler Militärkommission und dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit stand, wurde sie nun der alleinigen Führung der Zentralen Militärkommission unterstellt.
- 6.März: Warenaustauschabkommen mit Rumänien in Beijing unterzeichnet.
- 7.März: Kredit in Höhe von 450 Mio.\$ von der Bundesrepublik Deutschland für U-Bahnbau in Shanghai bewilligt.
- 9.-12.März: 6.Plenartagung des 13.ZK der KPCh; betont wurde im Kommuniqué die Notwendigkeit der Disziplin.
- 15.März: Neue Ein- und Ausreisebestimmungen für die Sonderwirtschaftszonen Shenzhen, Zhuhai und das Grenzgebiet Yunnan in Kraft getreten.
- 19.März: Vereinbarung über Kulturaustausch mit Australien in Beijing unterzeichnet.
- 19.März: Hu Jiwei, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Nat. Volkskongresses, seiner Ämter wegen seiner Rolle bei den Unruhen 1989 enthoben.
- 20.März: Besorgnis über Entwicklungen in Osteuropa von Ministerpräsident Li Peng in Regierungsbericht zum Ausdruck gebracht.

SÜDPAZIFIK

- 7.Jan.: Bougainville Kupfermine in Papua-Neuguinea geschlossen, nach Ermordung eines britischen Angestellten Abzug des ausländischen Personals.
- 29.Jan.: Australische Zusagen über Zuschüsse in Höhe von 15 Mio.A\$ an Papua-Neuguinea.
- 13.-16.Feb.: Bei Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolei Ryshkow in Australien Unterzeichnung mehrerer Abkommen, u.a. in den Bereichen Fischerei, Umweltschutz, Handel.